

II-3940 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen  
des Nationalrates XVIII. Gesetzgebungsperiode

Nr. 2047/J

1991 -11- 28

A N F R A G E

der Abgeordneten Koppler  
und Genossen  
an den Bundesminister für öffentliche Wirtschaft und Verkehr  
betreffend Subventionspraxis der EG im industriellen Bereich

Trotz Streitigkeiten wegen der Subventionspraxis in der Europäischen Gemeinschaft (EG) subventionieren deren Regierungen und die EG immer raffinierter ihre Staatsindustrien.

Beispielsweise gab der EG-Ministerrat für die staatliche italienische Stahlindustrie ILVA 2,6 Milliarden DM frei. Mit diesem Beitrag wird der Kauf anderer Firmen finanziert. Frankreichs Staatsunternehmen Usinor-Sacilor hatte allein 1990 7 Milliarden FF für Unternehmenskäufe aufgewendet und will nun weitere 700 Mio. DM an Subventionen. Paris lenkte die dafür nötigen Steuergelder über eine "Umwegfinanzierung", indem Usinor-Sacilor an die ebenfalls staatliche Credit Lyonnais übertragen wurde, der vom Großaktionär, dem Finanzminister, dafür eine Kapitalerhöhung kassierte. Auch andere Firmen erhielten solche Subventionen.

Angesichts dieser Subventionspraxis werden die ohnehin verschärften Wettbewerbsbedingungen in Europa verstärkt. Für viele österreichische Unternehmen werden vergleichbare staatliche Unterstützungen notwendig, weil sie sich ansonsten im internationalen Wettbewerb nicht behaupten können.

Die unterzeichneten Abgeordneten stellen an den Bundesminister für öffentliche Wirtschaft und Verkehr nachstehende

A n f r a g e :

1. Was kann das österreichische Förderungswesen leisten, um ungleiche Wettbewerbsbedingungen in der Industrie - insbesondere verstaatlichter Industriekonzerne - mit ausländischen Konkurrenten zu beseitigen?

- 2 -

2. Mit welchen staatlichen Förderungen können Beiträge zur Verbesserung der Wertschöpfung in der Industrie geleistet werden?